A·G·A

Kernaussagen von Lord Dahrendorf auf dem Europa-Abend des AGA am 27. November 1997 in Hamburg

Thema: Großbritannien, Deutschland und Europa

- Die Globalisierung wird nichts daran ändern, daß die Welt eine Welt enormer Unterschiede ist und daß sehr unterschiedliche Wirtschaftskulturen nebeneinander existieren können.

- Großbritannien steht am Anfang einer neuen Ära der Politik, Deutschland am Ende einer alten Ära. In Großbritannien herrscht Aufbruchsstimmung und Optimismus, in Deutschland ein Klima der Enttäuschung und Entmutigung.

- Entgegen früheren Erfahrungen befindet sich die britische Regierung sieben Monate nach der Wahl nicht in einem Popularitätstief. Im Gegenteil: Jüngste Umfragen haben ergeben, daß derzeit 56 % Labour wählen würden, 16 % Liberaldemokraten, vorausgesetzt, daß die LDP Labour in wesentlichen Punkten unterstützt. Insgesamt ergibt dies eine Mehrheit von 72 % der Stimmen. Nur noch 24 % der Wähler würden derzeit konservativ wählen.

- Die neue Ära der britischen Politik ist gekennzeichnet durch die Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik, die auf Förderung des Wettbewerbs und Öffnung des Landes für Investitionen von außen setzt, ergänzt durch soziale Elemente. Hinzu kommen weitere Faktoren, die sensationelle Veränderungen signalisieren: Die Modernisierung der britischen Verfassung wird zu einschneidenden Veränderungen führen. Die Referenden in Schottland und Wales werden die Gesetzgebung dort erheblich beeinflussen. Im Mai wird es in London eine Volksabstimmung über die Direktwahl des Bürgermeisters und Schaffung einer Londoner Verwaltungsbehörde geben. Die Verfassungskommission wird in wenigen Wochen neue Vorschläge zum Wahlrecht unterbreiten. Das House of Lords beschäftigt sich mit Details zur Übernahme der europäischen Menschenrechtskonvention in britisches Recht.

- Der Regierung Blair ist es gelungen, die Temperatur der Europa-Diskussion wesentlich zu senken. Das Thema Europa wird jetzt konstruktiv-sachlich diskutiert. Die neue Ära der Politik ist gekennzeichnet durch einen frischen, jungen Stil. Die Rock-Generation ist in Großbritannien an die Macht gekommen. Der Premierminister hat gewisse Vorlieben für Pop- und Rockstars, die leichter Zugang zur Downingstreet Nr. 10 finden als andere. Die Bevölkerung befindet sich in einer optimistischen Stimmung.

- In Deutschland wird die Globalisierung in erster Linie als Bedrohung gesehen. Man neigt zur Verteidigung und zum Schutz, nicht aber zu Schritten, die mehr Menschen an den Chancen teilhaben lassen. Derzeit ist unklar, wer in der politischen Auseinandersetzung die Nase vorn hat. Niemand ruft große Begeisterung hervor. Auffallend ist die Wiederkehr der traditionellen Kapitalismuskritik, eine Einstellung zur Entwicklung der Welt, die von Kulturpessimismus getragen ist, wie es ihn übrigens schon vor 100 Jahren gegeben hat.

- Trotz dieser Entwicklung haben in Deutschland große Veränderungen stattgefunden, die nachhaltig wirken. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist nach wie vor hoch. Demokratie, Rechtsstaat, Bürgergesellschaft und zivilisiertes Verhalten sind nach wie vor nicht gefährdet.

- Reformen sind in beiden Ländern nötig. Deutschland trägt die Last der Rentenansprüche für die nächste Generation. Großbritannien trägt die Last, eine Infrastruktur zu schaffen, die auf einige Jahrzehnte Bestand hat. Aber: Britischen Institutionen fällt es erheblich leichter, notwendige Veränderungen einzuleiten und sehr weit zu treiben!

COPYRIGHT : AGA UNTERNEHMENS- UND ARBEITGEBERVERBAND • GROSSHANDEL • AUSSENHANDEL • DIENSTLEISTUNG E.V.
KURZE MÜHREN 2, 20095 HAMBURG • POSTFACH 10 03 29, 20002 HAMBURG • FAX 040 / 30 80 11 07
TELEFON: HAMBURG 040 / 30 80 10 • BREMEN 0421 / 45 09 93 • ROSTOCK 0381 / 69 08 61

- Beide Länder stehen vor dem Problem, drei Ziele gleichzeitig zu erreichen: nachhaltigen Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und politische Freiheit. Es gibt keine Patentlösungen, alle drei Fragen gleichzeitig zu lösen. Freiheitliche Institutionen stehen weder in Großbritannien noch in Deutschland in Frage. Es geht also im Kern darum, in welchem Maße Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden können.

- In Großbritannien gibt es - mehr noch als in Deutschland - das Problem des sozialen Ausschlusses. Teile der Bevölkerung sind nicht nur vom Arbeitsmarkt und vom politischen Gemeinwesen ausgeschlossen, sondern vom gesellschaftlichen Leben in einem allgemeineren Sinne. Die Regierung Blair hat deshalb ein Programm „welfare to work" ins Leben gerufen, um Menschen von der Sozialhilfe in Beschäftigung zu bringen. Dabei spielt der sogenannte „freiwillige Sektor" eine zentrale Rolle.

- In Deutschland mangelt es demgegenüber an Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität. Die Produktionsverlagerung ins Ausland hat erstaunliche Ausmaße erreicht. Hinzu kommt eine zweite Form der Auswanderung, nämlich die aus der Legalität. Das Ausmaß, in dem Steuern nicht bezahlt werden, nimmt spürbar zu, ebenso wie Schwarzarbeit. Besorgniserregend ist die Unbefangenheit, mit der inzwischen offen darüber geredet wird.

- Italien gehört zu den großen Erfolgs-Stories der letzten Jahre. Das Land verfügt über eine überaus flexible Wirtschaft mit sehr vielen Familienunternehmen, die erstaunlich anpassungsfähig sind. Diese Anpassung geht einher mit nachhaltiger Bindung an Gemeinwesen und Familien, also mit sozialem Zusammenhalt. Zugleich ist der Staat in den letzten Jahren erkennbar schlanker geworden und damit glaubwürdiger.

- In Deutschland gilt genau das Umgekehrte: Die Menschen fühlen sich zunehmend frei, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen; das Gewebe der sozialen Moral wird zunehmend zersetzt. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne nachhaltige Wirkung auf das gesamte Gemeinwesen. Falsch sei es in dieser Situation, durch weitere Gesetze Schlupflöcher zu stopfen. Vielmehr müssen Gesetze und Regelungen auf jenes Minimum reduziert werden, das glaubwürdig ist und von den Menschen akzeptiert wird. Regelungen müssen so gestaltet werden, daß es niemand mehr nötig hat, sich außerhalb von Recht und Gesetz zu bewegen, um dadurch Flexibilität zu beweisen.

- Die Wirtschaftskulturen von Deutschland und Großbritannien sind zutiefst verschieden. Dies fällt besonders auf beim Ranking der 100 größten europäischen Unternehmen in der Financial Times einerseits und der FAZ andererseits. So rangiert der britische Pharmakonzern Glaxo Welcome in der Financial Times auf Platz 3, in der FAZ hingegen auf Platz 98. Demgegenüber steht Daimler in der FAZ auf Top-Position, in der Financial Times hingegen an 50. Stelle. Begründung: Die deutsche Liste orientiert sich am Umsatz und fügt manches hinzu, was in Großbritannien als Negativum betrachtet würde - nämlich die Zahl der Beschäftigten. Das heißt: Die Tätigkeit des Unternehmens und die Menschen, die daran mitwirken, stehen im Vordergrund. Demgegenüber orientiert sich die britische Liste am Börsenwert des Unternehmens; was zählt, ist also die „market capitalization".

- Während der Oppositionszeit von Tony Blair gab es vor ca. anderthalb Jahren eine kurze, nicht schlüssige Diskussion darüber, ob Unternehmen nicht mehr Rücksicht nehmen müßten auf die sogenannten „stakeholders". Damit sind die diejenigen gemeint, die am Bestand eines Unternehmens interessiert sind, vielleicht sogar abhängig, aber ohne direktes finanzielles Interesse im Sinne der Aktionäre. Dazu zählen die Beschäftigten, die Gemeinden, aber auch Zulieferer und Kunden. Dieses Thema galt dann aber als zu sozialistisch, wenngleich es auch heute noch lebendig ist.

- Der große Unterschied in den Wirtschaftskulturen beider Länder zeigt sich an der Bedeutung des kurz- und langfristigen Denkens in der Wirtschaft. In Großbritannien dominiert der „shareholder". Nicht das langfristige Existenzinteresse eines Unternehmens steht im Vorder-

grund, sondern die Gewinnsituation. Beim Verkauf der Anteile ist es egal, was der neue Eigner mit dem Unternehmen macht. In Deutschland dominiert hingegen das Interesse an der langfristigen Existenz eines Unternehmens. Man hält an dem Unternehmen fest, auch wenn ein schwieriges Tal zu durchschreiten ist.

- Die Globalisierung wird nicht zu einer Angleichung dieser unterschiedlichen Kulturen führen, lediglich zu einer Annäherung. Denn die wirtschaftskulturellen Unterschiede sind tief in den Institutionen verankert. Das wirft die Frage auf: Kann eine Währungsunion bei solch tiefgehenden Unterschieden überhaupt funktionieren? Die Antwort lautet: Vielleicht!

- Die Schaffung der europäischen Währungsunion zum jetzigen Zeitpunkt ist ein ungeheures Experiment. Der ökonomische Nutzen ist offen, es handelt sich deshalb um eine rein politische Entscheidung. Darüber hinaus gilt: Eine Währungsunion ist eine Sache, über die man an einem Freitag nachmittag im August beschließt, anstatt Jahre vorher Spekulanten Hinweise zu geben, welches die kritischen Monate sein werden. Aus ökonomischer Sicht müßte die Währungsunion eher exklusiv sein, aus politischer eher weiter gefaßt. Dieses Dilemma ist kaum lösbar.

- In der kritischen Phase zwischen 1999 und 2002 wird es Schocks geben, die einzelne Teile des Währungsgebietes unterschiedlich treffen werden. Für Reaktionen stehen Europa aber nur sehr wenig Mechanismen zur Verfügung. So hätte der einheitliche Währungsraum der USA kaum Bestand ohne die hohe Mobilität der Arbeitskräfte und die im Steuersystem verankerten Mechanismen der Umverteilung zwischen den Regionen.

- Die Möglichkeit des Scheiterns der EWU ist denkbar und bleibt lange Zeit bestehen. Eine Währungsunion ist <u>nicht</u> unwiderruflich; Tschechien und Slowenien sind dafür ein Beleg.

- Wer die europäische Zusammenarbeit intensivieren will, muß heute schon andere wichtige Themen anpacken: zum einen die Erweiterung der EU. Ziel muß es sein, die jungen Demokratien im Osten Europas zu stabilisieren, ähnlich wie dies in Spanien und Portugal gelungen ist. Das ist ein zentrales gemeinsames Interesse. Zum anderen bleibt der Binnenmarkt, der immer noch nicht vollständig funktioniert, ein dringendes Thema.

- Das größte europäische Problem ist derzeit das Demokratiedefizit. Alles, was in den europäischen Entscheidungsprozeß abwandert, wird weitgehend der demokratischen Kontrolle entzogen. Besonders aus britischer Sicht ist dies nicht zu akzeptieren. In Großbritannien ist im Prinzip alles der Kontrolle des Parlamentes unterstellt; es gibt praktisch keine Gewaltenteilung, das Parlament kann Gerichtsurteile aufheben, Richter entlassen, oder sogar beschließen, daß keine Wahlen abgehalten werden, wie dies 1940 unter Kriegsbedingungen geschehen ist. Aus diesem Grunde ist in Großbritannien die Vorstellung einer unabhängigen Notenbank, die sich der parlamentarischen Kontrolle entzieht, nur schwer nachzuvollziehen. Fazit: Eine stärkere demokratische Kontrolle ist eine notwendige Voraussetzung für ein Europa, das Bestand hat. Diese Meinung sollte sich auch in anderen europäischen Ländern durchsetzen.

11. Dezember 1997
Dr.Ei/S